

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Draufschicht: Tagesblatt Rieser,
Bismarckstr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachnummer Dresden 1000
Groschstraße Rieser Nr. 22.

Nr. 158.

Dienstag, 4. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Bringerlohn, Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 5.— Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachzahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Bezugsbeziehungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winteritz, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzschstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. F. Teichgraber, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Bekanntmachung über Handwagenverkehr.

Das Befahren des sogenannten Postenweges des hiesigen Stadtparcs wird hiermit ausdrücklich mit der Maßgabe verboten, daß dieses Befahren nur mit Kinderwagen erlaubt ist.

Rumherbefahren wird auf Grund des § 366 des Reichs-Straf-Gesetz-Buchs mit Geldstrafe bis zu 800 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Gleichzeitige Verbote in Erinnerung gebracht und wird auf § 6 der Straßenpolizeiordnung für die Stadt Rieser vom 2./12. 20 betr. Fahren auf den Fußwegen hingewiesen.

Der Rat der Stadt Rieser, am 30. Juni 1922.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Großenhain wird der Weg entlang des Barackelagers wegen Aufzügen von Massenluft vom 4. Juli bis 25. Juli dieses Jahres für den Fahrverkehr gesperrt und dieser inzwischen auf den von Zeitheim nach Nichtensee am Wallerwerk vorbeiführenden Verbindungsweg verwiesen. Das unbedingte Befahren des gesperrten Weges wird nach § 366 des Reichsstraf-Gesetz-Buchs bestraft.

Er. W. Zeitheim, am 3. Juli 1922. 453 II. Der Ortsvorsteher.

Brennholzversteigerung.

Das Reichsforstamt Jossen versteigert am 10. Juli ds. Js. im Gasthaus zu Nichtensee von vormittags 8 Uhr an

etwa 400 m Kloben und Anupel und

550 Kloben.

Die Versteigerung ist eine solche mit beschränktem Bieterkreis.

Holzändler erhalten keinen Zuschlag. Reichsforstamt Jossen.

Eine Mark gleich ein Pfennig.

Es wäre verfehlt, die neue Katastrophe der Mark auf politische Ursachen zurückzuführen, wohl mag die gegenwärtige Unruhe in Deutschland nach dem Vorbe-Rathenau mit dazu beigetragen haben, das wirtschaftliche Vertrauen des Auslandes zu erschüttern, aber die Entwicklung war aus wirtschaftlichen Gründen vorauszu sehen und die Preissteigerung im innerdeutschen Markt mußte natürlich eine Parallelbewegung am Weltmarkt nach sich ziehen. Aber nach dem Kurse von rund vierhundert Mark für den Dollar gegen Ende der Vorwoche hat sich bereits am Montag die Bewegung so scharf fortgesetzt, daß der Dollar 420 Mark kostet, d. h. also, daß eine Papiermark einen Kupferpfennig wert geworden ist. Damit ist ein außerordentlich bedeutsamer Abschnitt in unserer furchtbaren Wirtschaftsentwicklung erreicht. Wenn man bedenkt, daß das innere Preisniveau im Großhandel bereits im Mai die gleiche Höhe erreicht hatte wie die Devisen und daß die Preise sich gegenwärtig viel schneller der Marktentwertung anpassen, der wird begreifen, welche ungeheuren Folgen die Entwertung der Mark auf einen Pfennig Normalwert hat.

In allerfrühester Zeit werden diese Erscheinungen in den Warenpreisen zum Ausdruck kommen. Gerade der hundertfache Wertverlust wird die Preissteigerung beinflussen, darin steckt ein bedeutendes psychologisches Moment, zumal die Angleichung an die Weltmarktpreise ohnehin soweit fortgeschritten ist, daß auch die Marktentwertung sofort die ganze Preisliste nach sich zieht, damit freilich auch jede Möglichkeit des Ausgleiches bei einer eventuellen Marktbesserung verspiert. Die stärksten Anforderungen werden dabei an die Reichsbank gestellt, die naturgemäß die Notenemissionen steigern muß und zwar in einem Maße, durch das die lange Zurückhaltung wenigstens teilweise ausgeglichen werden muß. Der Traum der Stabilisierung der schwelenden Schuld endet in einem schrecklichen Erwachen und die ganze Wirtschaft schreit nach neuem Gelde, weil überall der Kapitalmangel drückend geworden ist und die Bewegungsfreiheit lähmt.

Ebenso deutlich wird es dem Lohnempfänger, wie weit er hinter der Vorkriegszeit zurückgelassen ist. Man erreicht jetzt schon die Grenze der Lohnerhöhungen, da die Ware zum Weltmarktpreis gestiegen ist. Das war letzten Sonntag bei den Kohlenbergbau der Fall. Dabei haben die Löhne und Gehälter das fünfundsiebenzigfache bis fünfundsachtzigfache der Friedenspreise erreicht und je näher die Marktpreise der Geldentwertung angepasst sind, desto weniger reicht die Entlohnung aus, desto größer die Sorgen, die Unzufriedenheit, desto zahlreicher Wirtschaftsklagen und das Ende ist in diesem Kreislauf noch, daß noch weniger produziert wird, noch weniger die Möglichkeit fortgerückt wird, die Löhne den Preisverhältnissen anzupassen. Das volkswirtschaftliche Ergebnis ist und bleibt negativ und sinkt immer tiefer. Was die Reichsbank an Notenemissionen ersparen konnte (gegenüber 400 Prozent Preissteigerung 100 Prozent Notenaufvermehrung), ging größtenteils auf Kosten der Arbeit und ihrer Träger. Es ist zweifellos, daß man dadurch die Rückkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse erleichtern wollte. Was aber in der Praxis daraus entstanden ist, dürfte schwerlich das Zutreffen ermöglichen, bei dieser Politik zu verharren. Denn wir müssen dabei berücksichtigen, daß nur dann ein Mißverhältnis zwischen Notenemissionen und Warenwert besteht, wenn die deutsche Notenemission, künstlich zurückgedrängt, den Anteil der Arbeit am Fertigfabrikat so weit einschränkt, daß in Deutschland bei seinem außerordentlichen Bedarf an ausländischem Rohstoff nur ein geringfügiger Teil selbst dann verbleibt, wenn die Ware zum Weltmarktpreis exportiert wird. Das Verhältnis des grobenteils ins Ausland fliehenden Rohstoffpreises zum Preise des Fertigfabrikates in seinem richtigen Verhältnis und wir müssen dadurch dem Ausland ein doppeltes Geschenk, nämlich das unserer Arbeit und den volkswirtschaftlichen Mehrwert des Preises. Das hat uns zu dem Mißverhältnis gebracht, das jetzt besteht. Mit den bisherigen Mitteln in dem bisherigen Geleise geht es nicht weiter. Die Großenmark ist zur Pfennigmark geworden. Wie lange dauert es nun noch bis wir österreichische Zustände erhalten — oder haben wir sie vielleicht schon?

Deutsch-Oberschlesiens schwierige Wirtschaftslage.

Am ober-schlesischen Kohlenmarkt hat sich die Lage weiterhin nicht sehr günstig gestaltet. Besorgniserregend ist für den ober-schlesischen Kohlenbergbau die weitere Abwanderung der Arbeiter. Es wird vor der Hand nicht möglich sein, für die abgewanderten deutschen und polnischen Kohlenarbeiter Ersatz heraufzubringen. Die Verluste, Arbeitslose aus den polnischen Großstädten in das Kohlenrevier zu schaffen, sind gescheitert. Andererseits haben die Werke vergeblich versucht, ihre deutschen Arbeiter durch Zahlung von Zu-

prämien im Lande zu behalten. Aber selbst die älteren Arbeiter, die für eventuelle Militärpflicht nicht in Frage kommen, ziehen es vor, aus dem Lande zu gehen. Man ist sich in den Kreisen der Gewerkschaften bewußt, daß Polen niemals imstande sein wird, eine soziale Arbeiterfürsorge nach dem Muster der Deutschen einzurichten.

In dem deutsch-schlesischen Oberschlesien wird sich auch in Bezug auf den Kohlenbergbau in nächster Zeit eine sehr rege Bautätigkeit entfalten. Sowohl auf schlesischem wie auf preussischem Gelände werden mehrere Schächte niedergebracht, doch wird es naturgemäß geraume Zeit dauern, ehe auf diesem neuen Lande, das als Reserve gedacht war, die Förderfähigkeit aufgenommen werden kann.

In den Kreisen der ober-schlesischen Eisenindustrie nimmt man an, daß, falls das Land nicht politisch durch Unruhen erregt wird, es möglich sein wird, auch in der Uebergangszeit zu produzieren. Allerdings gibt man sich keinem Zweifel darüber hin, daß unter allen Umständen ein sehr erheblicher Rückgang der Produktion eintritt wird, umso mehr, als die Werke nur für eine sehr beschränkte Zeit mit Kohlen versehen sind. Im übrigen hält man es für selbstverständlich, daß der preussische Verfassungsausschuss und die Reichsministerverwaltung alles tun werden, um der deutschen Eisenindustrie in Oberschlesien während der Uebergangszeit die Lage möglichst zu erleichtern.

Der verfassungsausschuss des ober-schlesischen Stenographenvereins hat in seiner Sitzung am 18. Juni im Beisein von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums die Gründung einer Treuhänderstelle für Bergmannsleistungen beschlossen. Gleichzeitig wurde die Frage des Zusammenarbeitens der Treuhänderstelle mit der für Oberschlesien zu gründenden gemeinsamen Stedlungsunternehmung erörtert. Es steht zu erwarten, daß sich unter voller Wahrung der Selbstständigkeit der Treuhänderstelle der von der Reichs- und Staatsregierung ins Auge gefasste Plan einer einheitlichen Durchführung der gesamten Stedlungswerke in Oberschlesien verwirklichen lassen wird.

Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Der Reichstag hielt gestern abend in später Stunde eine öffentliche Sitzung ab. In dieser wurde das Gesetz zum Schutze der Republik mit Zweidrittelmehrheit angenommen, nachdem die Ausschüsse fast den ganzen Tag mit Beratungen ausgefüllt hatten. Ebenso wurde das Amnestiegesetz, welches ursprünglich im Gesetze zum Schutze der Republik enthalten sein sollte, mit der gleichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Der Verfassungsausschuss des preussischen Landtages beriet über die Anträge zum Schutze der Republik. Angenommen wurde der Entwurf eines Gesetzes über Dienstvergehen der nichtrichtlichen Beamten, Richter und Privatdozenten, ferner ein demokratischer Antrag, der fordert, daß die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur solchen Personen übertragen werden, die unbedingt zuverlässige Vertreter der Republik sind, und ein weiteres demokratischer Antrag, der verlangt, daß künftig auch die Ministerialräte, die Abteilungsdirigenten bei den Provinzialregierungen, die Präsidenten der Landeskulturämter und die Direktoren der Provinzialhochschulen in politischen Beamten erklärt werden. Ferner wurden sozialdemokratische Anträge angenommen, die fordern, daß die Schüler- und Lehrerbüchereien von solchen Büchern gereinigt werden, die mit der bestehenden republikanischen Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind, daß alle Schulbücher, die eine Verherrlichung der Monarchie oder der Hohenzollern Dynastie enthalten, mit größter Beschleunigung außer Gebrauch gesetzt werden, und daß das Staatsministerium an den Schulen diejenigen Verbände verbietet, deren Tätigkeit gegen die Republik gerichtet ist.

Der Reichsjustizminister hat den Landgerichtsdirektor Dr. Alken in Frankfurt/Main zum Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bestellt.

Im bayerischen Ministerrat

berichtet, wie nichtamtlich gemeldet wird, am Sonnabend Ministerpräsident Veit und Minister Schwegler über das Ergebnis der Ministerbesprechung in Berlin. Es wurde die Haltung der bayerischen Regierung begründet und vom Ministerrat gebilligt. Für die Haltung des bayerischen Vertreters in Berlin wurden Instruktionen festgelegt. Die Haltung der Regierung wurde auch von den Führern der Koalitionsparteien einmütig gebilligt.

Verbote.

Auf Grund der Paragraphen 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. v. M. hat der Oberpräsident von Oberschlesien für den Bereich der Provinz den Deutschösterreichischen Schutz- und Truppbund sowie dessen Jugendgruppen, ferner die Deutschsozialistische Partei mit allen Untergruppen und den Hochschulring deutscher Art aus-

geschlossen. Mit der Durchführung der Maßnahme sind die zuständigen Regierungspräsidenten beauftragt worden. Die Auflösung des Hochschulringes erfolgte auf Grund politischer Ermittlungen, die ergaben, daß er zur Teilnahme an militärischen Geheimorganisationen aufgefördert hatte.

Der preussische Minister des Innern hat den Bund der Aufrechten mit allen seinen Landesverbänden, Bezirks- und Ortsgruppen aufgelöst, ebenso sämtliche in Preußen bestehenden Gruppen des Deutschösterreichischen Schutz- und Truppbundes, bis Hamburg.

Die Ausgabe der Frankfurter Nachrichten vom 1. d. M. ist wegen eines Artikels mit der Ueberschrift „Darmstädter Vorgänge“ auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. v. M. beschlagnahmt worden. Das Erscheinen der Hamburger Warte ist auf die Dauer von sechs Monaten verboten worden. Ferner wurde die Beschlagnahme der Nummer 115 der Zeitung Häuser angeordnet. Die zweite Beilage der Donnerstag-Nummer der Hamburger Nachrichten ist nachträglich noch beschlagnahmt worden, weil darin Äußerungen gegen den Senator Stinnes abgedruckt waren, in denen die Polizeibehörde verleumdende Behauptungen gegen ein Mitglied einer republikanischen Regierung sah.

Weitere Verhaftungen.

Die Polizei hat eine weitere Anzahl von Hamburger Angehörigen der Organisation C festgenommen und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Die Ermittlungen dauern fort. Um die Untersuchung nicht zu gefährden, können weitere Mitteilungen noch nicht veröffentlicht werden.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ist gegen Polizeirat Meng in Mannheim, der beschuldigt wird, im Dienste der Reichswehr als Judenlöhner bezeichnet zu haben, ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Meng ist inzwischen des Dienstes enthoben. Ferner wurden drei Studenten wegen ihres Verhaltens am Tage der Ermordung Rathenau verhaftet.

Die Uebergabe in Oberschlesien.

Gestern vormittag 10 Uhr holten die Engländer die drei Fahnen der Alliierten in Beuthen nieder, wobei eine englische Kompanie präsentete. Darauf wurde die schwarz-rot-goldene Reichsflagge gehißt. Auch hierbei präsentierten die Engländer, während die ausländischen Offiziere die Ehrenbezeugungen erwiesen. Die nach vielen tausenden zählende Menge brach in begeisterte Hochrufe aus. Oberbürgermeister Dr. Stephan richtete an die Bevölkerung eine kurze Ansprache, die in ein Echo auf das deutsche Vaterland ausklang. Nach dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ grüßte der Vertreter des Landfreies Preußen die Fahne und brachte ein dreifaches Echo auf die ober-schlesische Heimat und das deutsche Vaterland aus. Nach der Feier verließen die Vertreter der Internationalen Kontrollkommission und der Rest der englischen Besatzungstruppen die Stadt. Die Bevölkerung ist in gehobener Stimmung, die Häuser tragen reichen Flaggenschmuck.

In Gleiwitz fand der Flaggenschmuck in schlichter Weise statt. Internationalisierte Truppen waren nicht aufgehoben. An der Feier nahmen nur Vertreter der städtischen Behörden und Mitglieder der Internationalen Kontrollkommission teil. Die letzten Besatzungstruppen verließen nach der Uebergabe der Regierungsgewalt an die deutschen Behörden die Stadt. Unter der Bevölkerung herrscht Jubel.

Frankreich unangenehm berührt.

Das Echo de Paris will nach erhaltener Auskunft feststellen können, daß die französische Regierung der Zustimmung Deutschlands zum Völkerverbund immer noch nicht zustimmen könne. Sie scheine von der jüngsten Rede Lloyd Georges, worin eine rasche Aufnahme Deutschlands empfohlen wurde, unangenehm berührt zu sein. Es sei sehr wahrscheinlich, daß sie ihr Bedauern darüber, nicht im voraus über ihre Meinung befragt worden zu sein, zum Ausdruck brachte.

Die österreichische Anschlussfrage.

Bei den Besprechungen zwischen Lloyd George und Schanzer bildete die österreichische Anschlussfrage den Gegenstand von Beratungen. Wie die römischen Blätter mitteilen, seien die beiden Staatsmänner damit einverstanden, daß die Frage in Anbetracht der furchtbaren Lage Österreichs demnächst untersucht werden soll.

Das Ende der deutschen Städte.

In einer in Königsberg abgehaltenen Sitzung des Hauptauschusses des Deutschen Städtebundes wurde die